



WAHLPROGRAMM 2026

15 Themen für die Zukunft Göttingens



GÖTTINGEN
SPD

01 Bezahlbar wohnen. In Göttingen bleiben können.

02 Gut aufwachsen. Kinder, Jugend und Familien stärken.

03 Gute Bildung. Starke Schulen. Faire Chancen.

04 Vereine stärken. Sport ermöglichen. Ehrenamt entlasten.

05 Starke Stadtteile und Ortsteile. Politik, die vor Ort ankommt.

06 Sozial, gerecht und solidarisch. Göttingen lässt niemanden allein.

07 Gute Arbeit. Starke Wirtschaft. Wissenschaft für die Stadt nutzen.

08 Junge Stadt. Ankommen, bleiben, mitgestalten.

09 Mobilität, die im Alltag funktioniert.

10 Klimaschutz, Energie und Hitzeschutz. Wirksam und sozial gerecht.

11 Eine Verwaltung, die erreichbar ist und Dinge möglich macht.

12 Kultur und öffentliche Räume. Göttingen lebendig halten.

13 Gleichstellung von Frauen. Selbstbestimmt leben. Gleichberechtigt mitgestalten.

14 Demokratie schützen. Sicherheit für alle schaffen.

15 Kommunale Finanzen. Investieren, priorisieren, handlungsfähig bleiben.

PRÄAMBEL

Aus Liebe zu Göttingen.

Göttingen lebt von den Menschen, die jeden Tag Verantwortung übernehmen.

Die SPD Göttingen steht für eine Stadt, in der das gute Leben nicht vom Geldbeutel abhängen soll. Wer hier lebt, arbeitet, lernt, Kinder großzieht, pflegt, sich engagiert oder älter wird, soll in Göttingen gute Rahmenbedingungen vorfinden.

Deshalb kämpfen wir für bezahlbares Wohnen, ein gutes Aufwachsen für Kinder und Jugendliche, starke Vereine, lebendige Stadtteile, gute Arbeitsplätze, einen starken Wissenschaftsstandort, eine moderne Verwaltung und eine Stadtpolitik, die überall ankommt.

Wir müssen dabei nicht von vorne beginnen, an vielen Stellen konnte die SPD in den letzten Jahren Leitplanken setzen und unsere Stadt voranbringen. Kitas und Schulen wurden gestärkt, Angebote im Ganztag ausgebaut, wichtige Kulturorte gesichert und weiterentwickelt. Klimaschutz wurde verbindlicher aufgestellt und soziale Infrastruktur in den Stadtteilen bleibt ein Kern sozialdemokratischer Politik.

Nicht alles ist erledigt. Göttingen ist für viele Menschen zu teuer geworden. Viele finden kaum noch eine passende Wohnung. Vereine und Initiativen brauchen Räume und Planungssicherheit. Kinder und Jugendliche brauchen stärkere Beteiligung und Orte, an denen sie ernst genommen werden. Viele Menschen erwarten zu Recht eine Verwaltung, die einfacher, schneller und verständlicher funktioniert.

Wir wollen die Rahmenbedingungen für die Verwaltung verbessern, damit diese allen Bürgerinnen und Bürgern mit offenen Ohren statt geschlossenen Türen begegnen kann.

Dieses Programm ist kein Rückblick auf Erfolge. Es ist ein Arbeitsauftrag für die kommenden Jahre. Die SPD will Göttingen sozialer, bezahlbarer, moderner und verlässlicher machen.

Ein Göttingen, das investiert, statt sich kaputtzusparen. Ein Göttingen, das Klimaschutz ernst nimmt und sozial gestaltet. Ein Göttingen der starken Quartiere. Ein Göttingen, das Wissenschaft und Wirtschaft nutzt, damit gute Arbeit entsteht und bleibt. Ein Göttingen, das sich klar gegen rechts stellt und Vielfalt schützt. Ein Göttingen, das niemanden allein lässt.

Neben vielen starken Inhalten setzen wir auf vier Schwerpunkte:

Bezahlbar wohnen. In Göttingen bleiben können.

Göttingen darf keine Stadt werden, in der Menschen mit normalem Einkommen kaum noch eine Wohnung finden. Wir wollen mehr bezahlbaren, modernen und barrierefreien Wohnraum, eine starke städtische Wohnungsbaugesellschaft und eine bessere Nutzung vorhandener Wohnungen. Familien, Studierende, Auszubildende, ältere Menschen sollen hier keinen Wohnraum suchen, sondern finden.

Gut aufwachsen. Kinder, Jugend und Familien stärken.

Kinder und Jugendliche brauchen gute Kitas, starke Schulen, sichere Wege, Jugendräume, Schutz, Beteiligung und Erwachsene, die zuhören. Familien sollen Unterstützung finden, bevor Probleme groß werden. Hierbei setzen wir auf eine enge Verzahnung städtischer Angebote und ein zentrales Gebäude für kurze Wege - ein Familienrathaus im alten Amtshaus neben dem Neuen Rathaus.

Vereine stärken. Sport ermöglichen. Ehrenamt entlasten.

Vereine, Sport, Kultur, Feuerwehr, Jugendverbände und Initiativen halten Göttingen zusammen. Wer nach Feierabend Training gibt, ein Fest organisiert, bei der Feuerwehr auf Abruf steht oder Jugendliche begleitet, verdient Unterstützung. Ehrenamt ist keine Selbstverständlichkeit, es ist das Rückgrat unserer Stadt.

Stadtteile und Ortsteile stark machen.

Göttingen ist mehr als Innenstadt und Rathaus. Gute Stadtpolitik zeigt sich in den Stadt- und Ortsteilen und muss dort ankommen, wo Menschen wohnen. Hierbei setzen wir auf eine Politik, die die Interessen im gesamten Stadtgebiet im Auge hat und auf eine starke Kooperation mit den Ortsräten und anderen Akteuren vor Ort.

Aus Liebe zu Göttingen heißt für uns:

Wir kümmern uns um das, was den Alltag der Menschen besser macht.

KAPITEL 1

Bezahlbar wohnen. In Göttingen bleiben können.

Wohnen ist die soziale Frage unserer Stadt. Wer in Göttingen arbeitet, Kinder großzieht, eine Ausbildung macht, studiert, pflegt oder im Alter hier bleiben will, muss hier eine passende und bezahlbare Wohnung finden können. Dabei trägt jede neue Wohnung, die entsteht, zur Entlastung des gesamten Marktes bei.

Göttingen lebt davon, dass Menschen mit unterschiedlichen Lebenswegen, Einkommen und Bedürfnissen hier zusammen wohnen. Diese soziale Mischung darf nicht verloren gehen. Wenn immer mehr Menschen das Gefühl haben, sich Göttingen kaum noch leisten zu können, müssen wir handeln. Wohnen ist für uns ganz klar Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Daher braucht Göttingen eine aktive Wohnungspolitik.

Wir wollen mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen, vorhandenen Wohnraum besser nutzen und Mieterinnen und Mieter besser vor Verdrängung schützen. Dafür muss die Stadt ihre Möglichkeiten stärker nutzen: mit der Städtischen Wohnungsbaugesellschaft, mit einer starken Wohnraumagentur, mit kluger Bodenpolitik und mit einer Verwaltung, die Wohnungsbau aktiv begleitet.

Dabei müssen wir ehrlich bleiben. Bauen ist teurer geworden, Flächen sind knapp und Verfahren dauern zu lange. Gute Standards bei Klimaschutz, Barrierefreiheit und Qualität bleiben wichtig. Aber wir müssen vermeidbare Kostentreiber prüfen und schneller werden, wenn bezahlbarer Wohnraum entstehen soll.

Unser Ziel ist ein Göttingen, in dem Menschen bleiben können.

DESHALB WOLLEN WIR:

Die Städtische Wohnungsbaugesellschaft weiterentwickeln. Sie ist ein zentrales Instrument für bezahlbares Wohnen. Wir wollen sie stärken und prüfen, wie sie zusätzlich und ohne den Bereich des Wohnungsbaus zu vernachlässigen kommunale Immobilienprojekte unterstützen kann, wenn dadurch soziale Infrastruktur zum Beispiel im Bereich Bildung entsteht.

Genossenschaften und gemeinwohlorientierte Träger verlässlich unterstützen. Die Stadt kann bezahlbaren Wohnungsbau nicht allein schaffen. Sie soll aber gute Rahmenbedingungen setzen: durch Beratung, geeignete Grundstücke, klare gemeinwohlorientierte Projekte aktiv begleitet.

Die Wohnraumagentur in städtischer Verantwortung ausbauen. Die Wohnraumagentur soll stärker beraten, vermitteln und aktivieren. Ziel ist, vorhandenen Wohnraum besser zu nutzen, Eigentümerinnen und Eigentümer für soziale Wohnraumversorgung zu gewinnen und Menschen schneller in passende Wohnungen zu bringen.

Leerstand, Zweckentfremdung und Problemimmobilien konsequenter angehen. Wohnraum darf nicht verfallen, spekulativ leer stehen oder dem Wohnungsmarkt entzogen werden. Die Stadt soll vorhandene rechtliche Möglichkeiten konsequent nutzen und prüfen, wo zusätzliche Regeln oder Anreize nötig sind. Wo Wohnungen zweckentfremdet werden, zum Beispiel für nicht genehmigte Ferienwohnungen, erwarten wir ein konsequentes Eingreifen der Verwaltung.

Übergänge in kleinere oder barrierefreie Wohnungen erleichtern. Viele ältere Menschen wohnen in großen Wohnungen oder Häusern, würden sich aber verändern, wenn Beratung, passende Angebote und Unterstützung stimmen. Wir wollen freiwillige Wechsel in kleinere oder barrierearme Wohnungen erleichtern, ohne Druck auszuüben. Die Wohnraumagentur kann hier vermittelnd tätig sein.

Mehr 3- und 4-Zimmer-Wohnungen für Familien schaffen. Göttingen braucht nicht nur kleine Apartments. Familien, Alleinerziehende und Menschen mit Sorgeverantwortung brauchen bezahlbare Wohnungen mit ausreichend Platz.

Junges Wohnen voranbringen. Wer in Göttingen studiert, eine Ausbildung macht oder in den Beruf startet, braucht bezahlbaren Wohnraum. Wir müssen weitere Projektmöglichkeiten im Bereich des Jungen Wohnens prüfen und innovative Projekte, zum Beispiel ein gemeinsames Azubi-Wohnheim in Kooperation verschiedener Akteure auf den Weg bringen.

Wohnen im Alter im Blick haben. Ältere Menschen sollen möglichst lange selbstbestimmt in ihrem vertrauten Umfeld wohnen können. Dafür brauchen wir mehr barrierearme und barrierefreie Wohnungen, gute Beratung beim freiwilligen Wohnungswechsel, Unterstützung bei altersgerechtem Umbau und Wohnformen, die Gemeinschaft ermöglichen, ohne Menschen zu bevormunden.

Wohnraum in Gewerbe-Leerstand prüfen. Wo Gewerbeflächen dauerhaft leer stehen und Wohnen möglich ist, wollen wir daraus neuen Wohnraum machen. Leerstand darf nicht ungenutzt bleiben, während Menschen eine Wohnung suchen.

Barrierefreie Wohnungen ausbauen. Menschen sollen selbstbestimmt in ihrem Stadtteil wohnen können. Deshalb brauchen wir mehr barrierearme und barrierefreie Wohnungen, besonders im bezahlbaren Segment.

Baukosten ehrlich prüfen. Wir wollen wissen, wo Vorgaben, Verfahren oder Projektstandards das Bauen unnötig verteuern. Gute Qualität, Klimaschutz und Barrierefreiheit bleiben wichtig. Aber vermeidbare Kostentreiber müssen benannt und reduziert werden.

Seriell, modulares und einfacheres Bauen stärker nutzen. Göttingen braucht mehr Tempo beim Wohnungsbau. Serielles und modulares Bauen kann helfen, schneller und günstiger Wohnungen zu schaffen, ohne gute Planung und städtebauliche Qualität aufzugeben.

Soziale Bodenpolitik stärker nutzen. Grundstücke sind eine zentrale Stellschraube für bezahlbares Wohnen. Die Stadt soll Grundstücke nicht nur nach Höchstpreislogik betrachten, sondern danach, welchen Beitrag sie zu bezahlbarem Wohnen, Familienwohnungen, Klimaschutz und lebendigen Quartieren leisten.

Mieterinnen und Mieter besser schützen.

Bezahlbares Wohnen heißt auch: bestehende Mietverhältnisse sichern, Verdrängung verhindern und Menschen bei drohendem Wohnungsverlust früh unterstützen. Dafür braucht es Beratung und Daten.

KAPITEL 2

Gut aufwachsen. Kinder, Jugend und Familien stärken.

Göttingen soll eine Stadt sein, in der Kinder und Jugendliche gut groß werden können. Dafür braucht es gute Kitas, starke Schulen, sichere Wege, Spielplätze, Jugendräume, Schutz, Beteiligung und Erwachsene, die zuhören. Eltern brauchen Verlässlichkeit in der Betreuung. Fachkräfte brauchen gute Bedingungen für ihre wichtige Arbeit.

Aufwachsen darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Ob ein Kind Unterstützung bekommt, einen Kita-Platz findet, sicher zur Schule kommt, einen Ort zum Spielen hat oder in einer Krise Hilfe erhält, ist eine Frage sozialer Gerechtigkeit.

In Göttingen ist in den vergangenen Jahren viel aufgebaut worden. Aber Familien stehen weiter unter Druck. Fachkräfte arbeiten oft am Limit. Jugendhilfe wird komplexer. Und junge Menschen erwarten zu Recht, dass nicht über sie hinweg entschieden wird.

Wir wollen eine Stadt, in der Hilfe früh ankommt, Familien nicht von Stelle zu Stelle laufen müssen und Kinder und Jugendliche ernst genommen werden. Veränderungen müssen gemeinsam mit Trägern, Fachkräften, Familien und Betroffenen gestaltet werden: auf Augenhöhe und mit Respekt vor der Arbeit, die dort jeden Tag geleistet wird.

DESHALB WOLLEN WIR:

Kita-Ausbau, Kita-Qualität und Planbarkeit stärken. Familien brauchen verlässliche Betreuung und Kinder brauchen gute frühkindliche Bildung. Deshalb wollen wir Kita-Plätze, Qualität, verlässliche Öffnungszeiten, Vertretung und pädagogische Rahmenbedingungen gemeinsam weiterentwickeln.

Die Kita-Bedarfsplanung kleinräumiger und vorausschauender machen. Bedarfe unterscheiden sich zwischen Stadtteilen, Neubaugebieten und Ortsteilen und verändern sich mit der Zeit. Die Stadt muss genauer planen, wo Plätze gebraucht werden, bevor Engpässe entstehen. Andersherum dürfen Standorte in Stadtteilen und Ortsteilen nicht vorschnell abgebaut werden, wenn Anmeldezahlen fehlen. Wo Zahlen sinken, sollen Doppel- und Weiternutzungen geprüft werden, damit Infrastruktur vor Ort erhalten bleibt. Hier erwarten wir von allen beteiligten Trägern und der Verwaltung eine enge und transparente Kommunikation zu den betroffenen Eltern und Familien.

Kita-Beschäftigte entlasten und sichtbar machen. Gute Kitas gibt es nur mit guten Arbeitsbedingungen. Vertretung, Gesundheitsschutz, Personalbindung und Entlastung müssen stärker in den Blick. Wer jeden Tag mit Kindern arbeitet, verdient Rückenwind.

Ein Familienrathaus als zentrale Anlaufstelle auf den Weg bringen. Familien sollen nicht von Amt zu Amt laufen müssen. Wir wollen Beratung, Familienleistungen, Kita-Fragen, frühe Hilfen und Unterstützung leichter auffindbar machen. Wir wollen hierfür das alte Amtshaus neben dem neuen Rathaus als Standort nutzen.

Frühe Hilfen, Erziehungsberatung und Prävention stärken. Hilfe muss früh ankommen, bevor Probleme groß werden. Familien brauchen Beratung und Unterstützung, die leicht erreichbar ist und nicht erst beginnt, wenn eine Krise eskaliert. Hier wollen wir Wartelisten abbauen und schnelle Beratung und Unterstützung ermöglichen.

Soziale Dienste und freie Träger stärken. Kinderschutz, Jugendhilfe, Beratung und Eingliederungshilfe brauchen gute Strukturen. Die

Stadt muss freie Träger und Einrichtungen der Jugendhilfe und Eingliederungshilfe als Partner auf Augenhöhe behandeln.

Rückhalt für das städtische Jugendamt. Die Anforderungen an die Kolleginnen und Kollegen im städtischen Jugendamt nehmen zu. Wir wollen die Dienste gut aufstellen und personell so ausstatten, dass ihre Aufgaben fachlich gut bewältigt werden können. Dazu gehört auch, die Arbeitsbedingungen ernst zu nehmen, Schutz- und Unterstützungsstrukturen weiterzuentwickeln und zu prüfen, wie Beschäftigte in besonders belastenden oder konflikthafter Situationen besser begleitet und geschützt werden können.

Den Jugendhilfeausschuss umfassend beteiligen. Fachpolitische Entwicklungen in der Kinder- und Jugendhilfe gehören frühzeitig in den Jugendhilfeausschuss. Dort sitzen Verwaltung, Politik und freie Träger zusammen. Dieses Wissen muss besser genutzt werden.

Kinder und Jugendliche verbindlich beteiligen. Keine Entscheidungen über Kinder und Jugendliche ohne vorher mit den betroffenen jungen Menschen zu sprechen. Das Jugendparlament ist eine gute und sinnvolle Struktur, die wir verbindlicher einbeziehen wollen.

Familienzentren weiterentwickeln. In Göttingen gibt es bereits Familienzentren an wichtigen Standorten, wir wollen prüfen, wo weitere Familienzentren sinnvolle Ergänzungen zu bereits vorhandenen Strukturen sein können beziehungsweise wo Strukturen in einem Familienzentrum untergebracht werden können.

Offene Kinder- und Jugendarbeit weiterentwickeln. Jugendzentren, Jugendräume und mobile Angebote müssen zu den heutigen Bedarfen junger Menschen und gesellschaftlichen Entwicklungen zum Beispiel dem Ganztag passen. Wir wollen gemeinsam mit jungen Menschen prüfen, wo diese verändert werden müssen.

Nichtkommerzielle Treffpunkte und Jugendräume stärken. Junge Menschen brauchen Orte, an denen sie sein dürfen, ohne Geld auszugeben. Deshalb wollen wir Jugendräume, Treffpunkte im Stadtteil und Beteiligung bei der Gestaltung öffentlicher Räume stärken.

KAPITEL 3

Gute Bildung. Starke Schulen. Faire Chancen.

Gute Bildung entscheidet über Chancen. Der Bildungserfolg eines Kindes darf nicht davon abhängen, wie viel Geld die Eltern haben, in welchem Stadtteil es aufwächst oder wie gut sich Familien durch Behörden und Anträge kämpfen können.

Schulen sind mehr als Orte des Unterrichts. Kinder und Jugendliche verbringen dort einen großen Teil ihres Tages. Deshalb brauchen Schulen gute Gebäude, verlässliche Ausstattung, Schulsozialarbeit, Ganzttag, sichere Wege und eine Stadtverwaltung, die erreichbar ist und Probleme nicht liegen lässt.

Göttingen hat eine starke Schullandschaft, bestehend aus Gymnasien und Gesamtschulen. Diese Stärke müssen wir sichern und weiterentwickeln. Mit der neuen Oberschule und dem dualen Konzept entsteht ein wichtiges Bildungsprojekt, das Abschlüsse offenhält, Berufsorientierung stärkt und jungen Menschen neue Wege eröffnet. Gleichzeitig müssen bestehende Schulen entlastet, Sanierungen transparenter geplant und der Ganzttag gut organisiert werden.

Unser Ziel ist eine Bildungsstadt, die Chancen öffnet: für Kinder mit Unterstützungsbedarf, für Familien mit wenig Geld, für Jugendliche auf dem Weg in Ausbildung und Beruf und für alle, die gute Schulen in ihrer Nähe brauchen.

DESHALB WOLLEN WIR:

Klare Rahmenbedingungen für unsere Schulen - für eine verbindliche Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung. Göttingen muss früh wissen, wo Plätze fehlen, welche Gebäude saniert werden müssen und wie Ganzttag, Inklusion und steigende Schüler*innenzahlen zusammenpassen. Der Rat soll regelmäßig öffentlich beraten, welche Maßnahmen umgesetzt, verschoben oder neu priorisiert werden. Die Gymnasien brauchen Planungssicherheit durch klare Zügigkeiten.

Schulbau und Sanierung transparenter machen. Schulen, Eltern und Schüler*innen müssen nachvollziehen können, wann was passiert. Toiletten, Mensen, Fachräume, Schulhöfe, Barrierefreiheit, Brandschutz, Rettungswege und digitale Ausstattung müssen sichtbar priorisiert und Schritt für Schritt abgearbeitet werden.

Die neue Oberschule mit dualem Konzept stark aufbauen. Die neue duale Schule soll ein modernes Schulangebot mit eigenem Profil werden. Sie soll alle Abschlüsse der Sekundarstufe I offenhalten, Praxislernen ermöglichen und Berufsorientierung verbindlich verankern. Wir stellen uns klar hinter die neue Schule.

Gesamtschulen entlasten und stärken. Göttingen braucht ausreichend Plätze in der Sekundarstufe I. Bestehende Gesamtschulen dürfen nicht durch steigende Schüler*innenzahlen und Versorgungsklassen überfordert werden.

Gestaffelte Anmeldetermine an den weiterführenden Schulen beibehalten. Die Schulwahl kann so planbar organisiert werden.

Durchlässigkeit im Schulsystem sichern. Kinder entwickeln sich unterschiedlich. Schulformen müssen so zusammenwirken, dass Wege offenbleiben und Abschlüsse nicht zu früh festgelegt werden. Beratung, Übergänge und zweite Chancen müssen gestärkt werden.

Ganzttag gut organisieren. Ganzttag darf nicht nur Betreuung nach Unterrichtsschluss sein. Er braucht gutes Mittagessen, Hausaufgabenhilfe, Bewegung, Kultur und verlässliche Zusammenarbeit mit Jugendhilfe und Vereinen.

Räume schaffen, die zum Ganzttag passen.

Mensen, Aufenthaltsräume, Gruppenräume, Beratungsräume und Schulhöfe müssen zur Realität ganztägiger Schule passen. Schulhöfe sollen grüner, schattiger und bewegungsfreundlicher werden.

Schulsozialarbeit verlässlich absichern.

Schulsozialarbeit hilft früh, bevor Probleme groß werden. Sie muss besonders dort stark sein, wo soziale Belastungen, Ganztagsbedarfe oder besondere Unterstützungsaufgaben groß sind.

Wir stehen für Inklusion und wollen

Voraussetzungen gut organisieren. Schulen brauchen Räume, Ausstattung, klare Ansprechpartner*innen und Entlastung. Inklusion ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Schulbegleitung besser koordinieren und

schneller einsetzen. Wo es fachlich sinnvoll ist, wollen wir Pool-Lösungen bei Schulbegleitungen ausbauen. Ziel ist bessere Unterstützung im Alltag: weniger Bürokratie, bessere Abstimmung und mehr Verlässlichkeit für Kinder, Eltern und Schulen. Antragsverfahren für Schulbegleitungen müssen schneller abgeschlossen werden. Hier wollen wir prüfen, wie eine Beschleunigung funktionieren kann.

Berufsorientierung und Übergänge stärken. Die

neue Oberschule, Berufsschulen und allgemeinbildende Schulen sollen enger mit Betrieben, Kammern, Jugendhilfe und Schulsozialarbeit zusammenarbeiten. Junge Menschen brauchen früh praktische Einblicke in Handwerk, Pflege, soziale Berufe, Wissenschaft und regionale Betriebe.

Sichere Schulwege priorisieren. Kinder sollen

sicher und selbstständig zur Schule kommen können. Wir wollen sichere Querungen, gute Radwege, Verkehrsberuhigung vor Schulen und weniger gefährliche Bring- und Holsituationen.

Digitale Ausstattung zuverlässig betreiben.

Tablets und digitale Tafeln helfen nur, wenn Technik funktioniert, Support erreichbar ist und Lehrkräfte nicht mit Problemen allein gelassen werden. Die Stadt muss Ausstattung, Wartung und Unterstützung verlässlich organisieren.

KAPITEL 4

Vereine stärken. Sport ermöglichen. Ehrenamt entlasten.

Göttingen hält zusammen, weil Menschen Verantwortung übernehmen: im Sportverein, in der Feuerwehr, im Kulturverein, in sozialen Initiativen, Nachbarschaften und Stadtteilprojekten. Dieses Engagement ist nicht selbstverständlich. Es braucht Zeit, Räume, Verlässlichkeit und eine Stadt, die hilft, statt zusätzliche Hürden aufzubauen.

Ehrenamt ist Teil der sozialen Infrastruktur. Vereine und Initiativen schaffen Begegnung, Jugendarbeit, Integration, Gesundheit, Demokratie und Zusammenhalt. Wer Ehrenamt stärken will, muss deshalb nicht nur Danke sagen, sondern Bedingungen verbessern.

Sport spielt dabei eine besondere Rolle. Er bringt Menschen zusammen, hält gesund, schafft Heimat im Stadtteil und öffnet Kindern und Jugendlichen Türen. Das gilt für große Vereine genauso wie für kleine Sparten, traditionelle Sportarten, inklusive Angebote, Schwimmen, Basketball, Breitensport und Bewegung im öffentlichen Raum.

Wir wollen eine Stadt, in der Vereine und Ehrenamtliche nicht an Bürokratie, Raummangel oder unklaren Zuständigkeiten scheitern. Göttingen soll Engagement leichter machen.

DESHALB WOLLEN WIR:

Ehrenamt, Vereine und Sport als soziale Infrastruktur behandeln. Vereine, Initiativen und Sportangebote leisten Integration, Jugendarbeit, Gesundheitsförderung, Begegnung und demokratische Teilhabe. Sie gehören deshalb in die Mitte der Stadtpolitik.

Feste Ansprechpersonen für Vereine, Sport und Ehrenamt schaffen. Vereine brauchen eine Verwaltung, die erreichbar ist und Lösungen möglich macht. Deshalb wollen wir klare Zuständigkeiten und bessere Begleitung bei Förderungen, Genehmigungen, Veranstaltungen und Raumbedarfen.

Räume sichern und besser nutzen. Vereine, Jugendverbände, Kultur, Sport und Initiativen brauchen bezahlbare und erreichbare Räume. Dorfgemeinschaftshäuser, Vereinsheime, Jugendräume, Lagerflächen, Schulräume und öffentliche Gebäude sollen besser nutzbar werden. Wo Räume leer stehen oder nur zeitweise genutzt werden, wollen wir Mehrfachnutzungen und Zwischennutzungen einfacher ermöglichen. Oft helfen schon kleinere Investitionen für eine bessere Gesamtnutzung.

Eine Sport- und Freizeithalle im Westen voranbringen. Der Bedarf im Westen ist groß. Wir wollen die Halle mit Standortprüfung, Nutzungskonzept, Finanzierungsperspektive und verbindlichem Zeitplan weiter voranbringen. Sie soll nicht nur Sporthalle sein, sondern ein Ort für Schulen, Vereine, Begegnung und Stadtleben. So entsteht ein Projekt, das mehreren Bedarfen gleichzeitig gerecht wird.

Die GöSF als starke Partnerin des Sports gestalten und fördern. Die GöSF ist ein wichtiges und bewährtes Konstrukt für Sport und Freizeit in Göttingen. Gemeinsam mit ihr wollen wir Sportanlagen erhalten, weiterentwickeln und die Vereine gut begleiten. Hallenzeiten, Sportflächen und Bäder sollen fair, transparent und bedarfsgerecht organisiert werden.

Schwimmen sichern. Wir wollen Schwimmflächen, Schwimmbildung und verlässliche Öffnungszeiten gemeinsam mit Schulen, Vereinen und GöSF sichern.

Sportvereine bei Nachwuchsarbeit, Integration und Inklusion unterstützen. Vereine erreichen Menschen direkt im Stadtteil. Wir wollen sie dabei unterstützen, junge Menschen zu gewinnen, Ehrenamt zu halten, inklusive Angebote auszubauen und Integration praktisch gelingen zu lassen.

Sportevents und Bewegungsformate ermöglichen. Altstadtlauf, Frühjahrslauf, Tour d'Énergie und andere Formate bringen Menschen in Bewegung und machen Göttingen lebendig. Die Stadt soll solche Veranstaltungen weiterhin begleiten, stärken und weiterentwickeln.

Göttingen als Basketballstandort stärken. Basketball gehört sichtbar zu Göttingen. Wir wollen den Standort auch weiterhin stärken und hier Nachwuchsarbeit und offene Angebote in den Blick nehmen.

Mehr Bewegung im öffentlichen Raum schaffen. Nicht jeder Sport findet im Verein statt. Wir wollen Bolzplätze, Basketballflächen, offene Trainingsorte, Pop-up-Sportflächen und temporäre Bewegungsangebote in den Stadtteilen prüfen und dort schaffen, wo sie gebraucht werden. Auch neue Trendsportarten müssen in einer jungen Stadt schnell Platz finden, wenn der Bedarf da ist.

KAPITEL 5

Starke Stadtteile und Ortsteile. Politik, die vor Ort ankommt.

Göttingen ist nicht nur Innenstadt und Rathaus. Unsere Stadtteile und Ortsteile haben eigene Geschichten und Bedarfe. Menschen erleben Politik im Alltag, auf dem Weg zur Kita, beim Einkauf, im Verein, an der Bushaltestelle oder bei der Frage, ob die Verwaltung auf Anliegen reagiert.

Genau dort muss Politik funktionieren.

Starke Stadtteile und Ortsteile brauchen Orte der Begegnung, Nahversorgung, sichere Wege, soziale Infrastruktur, gepflegte öffentliche Räume und eine Verwaltung, die erreichbar ist. Neue Quartiere müssen so geplant werden, dass bestehende Stadtteile nicht überfordert werden und neue Nachbarschaften miteinander wachsen können.

Wir wollen eine Stadtpolitik, die nicht erst dann hinschaut, wenn Probleme groß geworden sind. Viele spürbare Verbesserungen können im Kleinen beginnen: eine Bank, eine sichere Überquerung, bessere Beleuchtung oder ein gepflegter Spielplatz. Wer lange in seinem Stadt- oder Ortsteil lebt, soll dort auch gut alt werden können. Eine funktionierende und passende Infrastruktur ist dafür Voraussetzung.

DESHALB WOLLEN WIR:

Stadtteile und Ortsteile als eigene

Lebensräume ernst nehmen. Jeder Stadtteil und jeder Ortsteil hat eigene Stärken, Bedarfe und Herausforderungen. Stadtpolitik muss diese Unterschiede kennen und berücksichtigen.

Bestehende Stadtteile bei neuen

Entwicklungen nicht überfordern. Wenn neue Quartiere entstehen, müssen Verkehr, Schulen, Kitas, Beratung, Nahversorgung, Begegnungsorte und soziale Angebote mitwachsen. Bedarfe dürfen nicht nur durch Strukturen anderer Stadtteile aufgefangen werden.

Den Holtenser Berg und das kommende

Europaquartier gut miteinander verbinden.

Neue Entwicklungen müssen Nachbarschaften stärken. Wohnen, Bildung, Beratung, Begegnung, Mobilität und Beteiligung sollen dort gemeinsam betrachtet werden.

Quartierszentren, Nachbarschaftszentren und Dorfgemeinschaftshäuser sichern und bei

Bedarf ergänzen. Diese Orte halten Stadtteile und Ortsteile zusammen. Sie bieten Raum für Vereine, Beratung, Begegnung, Kultur, Nachbarschaftshilfe und demokratisches Leben vor Ort und benötigen eine angemessene personelle Ausstattung.

Quartiersmanagement gezielt einsetzen. Dort, wo Vernetzung, Beteiligung und soziale Infrastruktur besonders gebraucht werden, soll Quartiersmanagement Menschen, Vereine, Träger, Verwaltung und Politik besser zusammenbringen.

Ortsräte frühzeitig und respektvoll einbeziehen.

Ortsräte kennen die Bedarfe vor Ort. Planungen dürfen nicht erst vorgestellt werden, wenn Entscheidungen faktisch gefallen sind. Anfragen, Hinweise und Beschlüsse aus Ortsräten müssen nachvollziehbar und innerhalb klarer Fristen respektvoll beantwortet werden. Beteiligung braucht Verlässlichkeit und Augenhöhe.

Stadtteile ohne eigene Ortsräte besser

beteiligen. Nicht alle Stadtteile haben die gleiche politische Sichtbarkeit. Wir wollen, dass Stadtteile ohne eigene Ortsräte besser beteiligt und in Planungen stärker berücksichtigt werden können.

Die Göttinger SPD setzt sich für eine Änderung der Niedersächsischen Kommunalverfassung ein, wonach neben den vorhandenen Ortsräten auch in

allen weiteren Stadtteilen Stadtbezirksräte eingerichtet werden sollen.

Verwaltung und Beratung stärker vor Ort

bringen. Die bestehenden Bürgerbüros wollen wir sichern. Zusätzlich wollen wir mobile Angebote, Sprechstunden und gut erreichbare Ansprechpersonen prüfen, damit Verwaltung näher zu den Menschen kommt.

Nahversorgung und lokale Initiativen

unterstützen. Dorfläden, kleine Läden, Wochenmärkte und lokale Initiativen stärken Lebensqualität und Zusammenhalt. Wir wollen sie dort unterstützen, wo sie Versorgung und Begegnung vor Ort sichern.

Öffentliche Räume sauberer, grüner und

barriereärmer machen. Plätze, Spielplätze und Wege prägen den Alltag. Sie müssen gepflegt, sicher, gut erreichbar und für alle nutzbar sein.

Aufenthaltsqualität klimaangepasst

verbessern. Mehr Sitzgelegenheiten, Schatten, Trinkwasser, Begrünung und kühle Orte machen Stadtteile lebenswerter. Gerade Kinder, ältere Menschen und Menschen mit gesundheitlichen Belastungen profitieren davon.

Den Kieselsee als Freizeit- und Erholungsort

aufwerten. Der Kieselsee ist einer der wichtigsten Orte für Erholung, Bewegung und Begegnung in Göttingen. Wir wollen prüfen, wie er für Bürger*innen besser nutzbar wird: mit mehr Sitz- und Liegeflächen, Sonnenschutz, Sport- und Spielmöglichkeiten, saubereren Toiletten, guter Erreichbarkeit und Angeboten, die zu diesem Ort passen. Weitere grüne Orte der Stadt wollen wir gezielt weiterentwickeln.

Sichere Wege im Alltag priorisieren. Kinder, ältere Menschen und Menschen mit Behinderung brauchen sichere Querungen, barrierearme Wege und übersichtliche Verkehrsbereiche.

Alltagssicherheit muss stärker in die Planung einfließen.

Kleine Verbesserungen schneller ermöglichen.

Nicht jede Verbesserung braucht ein Großprojekt. Bänke, Beleuchtung, Mülleimer, Begrünung, Querungen, Spielgeräte und bessere Aufenthaltsqualität können schnell spürbare Wirkung entfalten.

KAPITEL 6

Sozial, gerecht und solidarisch. Göttingen lässt niemanden allein.

Göttingen soll eine Stadt sein, in der Menschen Hilfe finden, bevor aus Problemen Krisen werden. Wer seine Wohnung verliert, Schulden hat, krank ist, einsam wird, Unterstützung im Alltag braucht oder von Gewalt betroffen ist, darf nicht von Stelle zu Stelle geschickt werden.

Sozialpolitik ist keine Verwaltung von Notlagen. Sie ist das Versprechen, dass Menschen nicht allein bleiben, wenn das Leben schwierig wird. Dafür braucht Göttingen starke Beratungsstellen, gute soziale Dienste, verlässliche Träger, erreichbare Ansprechpersonen und eine Stadt, die früh handelt.

Viele Probleme treten nicht einzeln auf. Wer keine Wohnung hat, hat oft auch gesundheitliche Sorgen, Schulden oder andere Belastungen. Wer Unterstützung braucht, findet sich oft in unterschiedlichen Zuständigkeiten wieder. Genau deshalb müssen Hilfen besser zusammenarbeiten und leichter erreichbar sein.

Göttingen hat starke soziale Träger, Beratungsstellen, Dienste und viele Menschen, die jeden Tag helfen. Diese Struktur ist wertvoll. Sie braucht Verlässlichkeit, gute Zusammenarbeit und eine Stadt, die soziale Infrastruktur nicht als freiwilligen Luxus behandelt.

DESHALB WOLLEN WIR:

Den städtischen Fachdienst „Soziale Arbeit“ im Fachbereich Soziales stärken. Menschen in Krisen brauchen erreichbare Hilfe, klare Zuständigkeiten und Fachkräfte, die Zeit für Beratung und Begleitung haben. Das Team des Fachdienstes leistet eine sinnvolle und gute Arbeit und ist ein wichtiger Baustein unserer sozialen Infrastruktur.

Fachwissen aus der Praxis regelmäßig einbeziehen. Beratungsstellen und die verschiedenen sozialen Akteure in der Stadt kennen die Realität vor Ort. Dieses Wissen muss regelmäßig in politische Entscheidungen einfließen.

Zugang zu Sprachkursen sichern. Sprache ist der Schlüssel zu Arbeit, Bildung und Teilhabe. Wir wollen, dass in Göttingen weiterhin ausreichend Sprach- und Integrationskurse verfügbar sind. Hierbei braucht es kurze Wartezeiten und Angebote, die zu verschiedenen Lebenssituationen passen.

Menschen mit Migrationsgeschichte tragen Göttingen mit: in Pflege, Handwerk, Wissenschaft, Ehrenamt und im gesamten Stadtleben. Viele haben Unternehmen gegründet, schaffen Arbeits- und Ausbildungsplätze und stärken damit die lokale Wirtschaft. Diese Leistung verdient Sichtbarkeit und Wertschätzung.

Migration und Teilhabe ermöglichen. Menschen, die nach Göttingen kommen, brauchen von Beginn an Zugang zu Arbeit, Wohnraum und Gesundheitsleistungen. Ehrenamt, Migrationsberatung und Communitys leisten dafür bereits wichtige Arbeit und brauchen verlässliche Strukturen. Wir wollen Angebote besser vernetzen, damit niemand an einer Sprachbarriere scheitert.

Housing First in Göttingen voranbringen. Wer wohnungslos ist, braucht zuerst eine eigene, sichere Wohnung und von dort aus passende Unterstützung. Wir wollen Housing-First-Ansätze in Göttingen stärken und gemeinsam mit Wohnungswirtschaft, Sozialträgern und Stadt prüfen, wie dauerhaft Wohnungen für besonders belastete Menschen bereitgestellt werden können.

Unterbringung für wohnungslose Menschen sichern. Göttingen braucht niedrigschwellige und

kurzfristig erreichbare Unterbringungsmöglichkeiten. Bedarfe, etwa zur alleinigen Unterbringung von Frauen, besonders schutzbedürftigen Menschen oder Menschen mit Haustieren müssen regelmäßig überprüft werden.

Wohnungsverlust früher verhindern. Wer seine Wohnung verliert, gerät oft in eine Spirale weiterer Krisen. Deshalb wollen wir Wohnraumsicherung, Sozialberatung, Schuldnerberatung und Gesundheitsangebote besser verzahnen.

Soziale Angebote im Stadtgebiet verteilen. Hilfen müssen erreichbar sein und dürfen nicht auf wenige Quartiere konzentriert werden. Wir wollen eine erreichbare Verteilung unterstützender Angebote im Stadtgebiet.

Drug-Checking und einen Konsumraum fachlich prüfen und bei Möglichkeit umsetzen. Suchtpolitik muss Menschen schützen, Risiken senken und öffentliche Räume entlasten. Deshalb wollen wir Drug-Checking und einen Konsumraum für Göttingen fachlich, rechtlich und organisatorisch prüfen und bei Möglichkeit umsetzen.

Menschen mit Beeinträchtigungen frühzeitig beteiligen. Menschen mit körperlichen, geistigen, seelischen und psychischen Beeinträchtigungen sowie ihre Selbstvertretungen müssen bei Entscheidungen einbezogen werden, die ihren Alltag betreffen.

Barrieren umfassend abbauen. Barrieren sind nicht nur Treppen. Sie können baulich, digital, sprachlich, sozial oder institutionell sein. Wir wollen Verwaltung und Stadtgesellschaft so gestalten, dass mehr Menschen selbstbestimmt teilnehmen können.

Übergänge in der inklusiven Arbeit und Beschäftigung verbessern. Gemeinsam mit Selbstvertretungen, Trägern, Integrationsfachdiensten und Arbeitgeber*innen wollen wir Übergänge, betriebsintegrierte Arbeitsplätze und Wahlmöglichkeiten weiter voranbringen.

Städtische Gesellschaften als Vorbilder für inklusive Beschäftigung stärken. Die Stadt und ihre Beteiligungen müssen zeigen, dass inklusive Beschäftigung möglich ist. Öffentliche Arbeitgeber tragen hier eine besondere Verantwortung.

Soziale Träger und Beratungsstellen

verlässlich finanzieren. Träger, Beratungsstellen und Hilfsangebote stabilisieren Menschen in schwierigen Lebenslagen. Wer diese Strukturen schwächt, spart am falschen Ende.

KAPITEL 7

Gute Arbeit. Starke Wirtschaft. Wissenschaft für die Stadt nutzen.

Göttingen ist eine Stadt, die Wissen schafft.

Herausragende Wissenschaft und Forschung prägen unsere gesamte Stadt, ihr Profil und ihre nationale und internationale Wahrnehmung.

Durch Forschung entstehen Innovationen, Unternehmensgründungen, gute Arbeit, Ausbildung, medizinischer Fortschritt und regionale Wertschöpfung.

Für die SPD bedeutet Wirtschaftspolitik gute Arbeitsplätze mit fairen Löhnen zu schaffen und zu erhalten. Deshalb sorgt unsere Standortpolitik dafür, Beschäftigung zu fairen Bedingungen zu sichern und Ausbildung zu ermöglichen. So gewinnen wir Fachkräfte und stärken das Zentrum Göttingen und die dazu gehörige Region. Unsere Wirtschaftspolitik fokussiert aus diesen Gründen effiziente Strukturen sowie schnelle und bürokratiearme Unterstützung.

Universität, Hochschulen und Institute, Universitätsmedizin, HAWK, Max-Planck-Institute, Life Science, Gesundheitswirtschaft, Handwerk, Mittelstand, Handel, Gastronomie, Kultur und viele weitere Akteure bilden das starke Rückgrat unserer Region.

Unser Ziel ist eine Stadt, in der wirtschaftliche Entwicklung nicht an den Menschen vorbeigeht. Wachstum ist dann gut, wenn daraus gute Arbeit, Ausbildung, regionale Wertschöpfung, Innovation und Lebensqualität entstehen.

Unser Anspruch ist eine aktive Wirtschaftspolitik, die Wissenschaft, Life Science, Gesundheitswirtschaft, Handwerk, Mittelstand und soziale Berufe zusammen denkt. Göttingen soll ein Ort sein, an dem gute Ideen wachsen und gute Arbeit bleibt.

DESHALB WOLLEN WIR:

Wissenschaft, Life Science und Gesundheitswirtschaft als Göttinger Stärke ausbauen. Das Standortmarketing und die gemeinsame Markenentwicklung soll gezielt für die Zukunft der Region gestärkt werden.

Ausgründungen und Innovationen besser in die Umsetzung bringen. Wir begrüßen die Förder-Initiative GOe FUTURE im Rahmen des bundesweiten Förderprogramms EXIST als Innovationsleuchtturm für Life Science in Deutschland.

Göttingen hat hiermit große Chancen, Ausgründungen aus Wissenschaft und Life Science zu stärken. Dafür braucht es zusätzliche Infrastruktur, bezahlbare Forschungs-, Labor- und Werkstattflächen, Zugang zu Finanzierung und eine bessere Vernetzung. Dort wo gesetzliche Rahmenbedingungen bremsen statt fördern, wollen wir nach Möglichkeit gemeinsam mit Land- und Bund nachbessern.

Den Medizin- und Gesundheitsstandort Göttingen als Zukunftsanker für Göttingen und die Region stärken. Der Medizin- und Gesundheitsstandort und alle seine Einrichtungen stehen für herausragende Versorgung und Beschäftigung. Die Entwicklung dieses Themenfeldes ist zentral für Göttingen.

Weiterhin muss die Stadt die weitere Entwicklung der UMG bei Wohnen, Mobilität, Kinderbetreuung, Ausbildung, Infrastruktur und Stadtentwicklung aktiv mitdenken.

Handwerk, Mittelstand und lokale Betriebe ernst nehmen. Wir wollen Handwerksbetriebe, kleine und mittlere Unternehmen, Handel, Gastronomie und soziale Einrichtungen stärker in unsere Standort- und Wirtschaftspolitik einbeziehen.

Gute Arbeit und Ausbildung ins Zentrum stellen. Göttingen braucht Arbeitsplätze, von denen Menschen leben können. Ausbildung, Tarifbindung, faire Arbeitsbedingungen, Mitbestimmung, Weiterbildung und Vereinbarkeit gehören zu einer starken lokalen Wirtschaft.

Die Stadt und ihre Gesellschaften als vorbildliche Arbeitgeberinnen aufstellen. Stadt, Eigenbetriebe und Beteiligungen müssen zeigen, was gute Arbeit bedeutet: faire Beschäftigung, gute Führung, Ausbildung, Weiterbildung, Vereinbarkeit, Inklusion und moderne Arbeitsbedingungen.

Fachkräftepolitik praktisch denken. Fachkräfte bleiben, wenn Wohnen, Kita, Schule, Mobilität, Kultur, Sport und Lebensqualität zusammenpassen.

Passende Räume und Flächen schaffen. Start-ups, Handwerk, soziale Träger, Kulturwirtschaft, Laborbetriebe, Büros und wachsende Unternehmen brauchen unterschiedliche Räume. Göttingen soll Flächenbedarfe systematisch erfassen und vorhandene Potenziale besser nutzen. Bestehende Flächen besser nutzen.

Alte Gewerbe-, Büro-, Verlags-, Industrie- und Brachflächen sollen systematisch betrachtet und, wo möglich, aktiviert werden. Neue Gewerbeflächen strategisch entwickeln und offene Potenziale ausnutzen. Entscheidend sind Standortnutzen, gute Arbeitsplätze, Innovationspotenzial, Klimaverträglichkeit und Erreichbarkeit. Flächenentwicklungen wollen wir mit klarer Idee gestalten. Gewerbeflächen sollen nicht beliebig verwertet werden, sondern zur wirtschaftlichen Zukunft Göttingens passen. Dafür werden wir eine regionale Flächenstrategie auf den Weg bringen. Stadt, Landkreis, umliegende Gemeinden, GWG und WRGN sollen gemeinsam planen, wo wirtschaftliche Entwicklung sinnvoll möglich ist. Vorhandene Potenziale hinter dem Autobahnzubringer westlich der A7 sollen mit Blick auf Standortnutzen, Verkehr, Klima und Erreichbarkeit bewertet werden.

Wirtschaftsförderung klarer koordinieren. GWG, WRGN, SüdniedersachsenStiftung und weitere Partner leisten wichtige Arbeit. Wir wollen Zuständigkeiten und Schnittstellen prüfen, damit Unternehmen, Gründer*innen und Betriebe schneller wissen, wer hilft und wie es weitergeht.

KAPITEL 8

Junge Stadt. Ankommen, bleiben, mitgestalten.

Göttingen lebt von jungen Menschen. Studierende, Auszubildende, Freiwilligendienstleistende, junge Beschäftigte, internationale Fachkräfte und junge Familien prägen die Stadt. Sie bringen Ideen, Engagement, Kultur, Wissenschaft, Arbeit und Leben in die Stadt- und Ortsteile.

Wer hier studiert, eine Ausbildung macht oder den ersten Job beginnt, braucht bezahlbaren Wohnraum, gute Mobilität, Beratung, Freizeitorte, Kultur, Sport, Nachtleben und eine Verwaltung, die ansprechbar ist.

Göttingen muss eine Stadt sein, in der junge Menschen ankommen, bleiben und mitgestalten können. Das gilt für Studierende genauso wie für Azubis, junge Beschäftigte, internationale Fachkräfte und alle, die nach Göttingen kommen, um sich hier ein Leben aufzubauen.

Eine junge Stadt braucht mehr als Hörsäle und Arbeitsplätze. Sie braucht Räume ohne Konsumzwang, eine lebendige Kulturszene, gute Busverbindungen, bezahlbare Wohnungen und offene Sport- und Freizeitangebote.

DESHALB WOLLEN WIR:

Junge Menschen stärker als Teil der Stadtpolitik ernst nehmen. Studierende, Auszubildende, junge Beschäftigte und internationale Fachkräfte sind nicht nur Gäste auf Zeit. Sie sind Teil Göttingens und sollen in Stadtentwicklung, Kultur, Mobilität, Wohnen und Beteiligung Berücksichtigung finden.

Ankommen in Göttingen einfacher machen. Wer neu nach Göttingen kommt, braucht verständliche Informationen zu Wohnen, Anmeldung, Mobilität, Beratung, Freizeit, Sprache, Ehrenamt, Vereinen und Kultur. Begrüßung darf dabei nicht bei einer Broschüre enden.

Bezahlbares Wohnen für junge Menschen voranbringen. Studierende dürfen in der Wohnungspolitik nicht gegen Azubis, junge Beschäftigte oder Familien ausgespielt werden. Göttingen braucht bezahlbare Wohnungen, Wohnheime, Azubi- Wohnen und gemeinschaftliche Wohnformen.

Azubis stärker in den Blick nehmen. Azubis prägen Göttingens Zukunft im Handwerk, in Pflege, sozialen Berufen, Verwaltung, Gastronomie, Handel, Kultur und Wirtschaft. Sie brauchen bezahlbare Wohnungen, gute Mobilität, Freizeitangebote und eine Stadt, die Ausbildung sichtbar wertschätzt.

Internationale Fachkräfte besser unterstützen. Göttingen lebt von internationaler Wissenschaft, Arbeit und Ausbildung. Wer aus dem Ausland nach Göttingen kommt, braucht verständliche Behördenwege, Beratung, Sprachzugänge, soziale Kontakte und Unterstützung beim Ankommen.

Nachtleben und Nachtkultur als Teil der Stadt ernst nehmen. Clubs, Kneipen, Kulturorte, studentische Veranstaltungen, Konzerte und freie Szenen machen Göttingen lebendig. Sie brauchen Räume, faire Genehmigungen, gute Kommunikation mit Anwohner*innen und eine Stadt, die Nachtkultur nicht nur als potenzielle Störung betrachtet.

Räume für junge Kultur und Subkultur sichern. Junge Kultur braucht Orte zum Proben, Feiern, Veranstalten und Ausprobieren. Wir wollen bestehende Orte sichern und prüfen, wo neue oder temporäre Räume entstehen können.

Einen verlässlichen Dialog zur Nachtkultur organisieren. Wir wollen die Struktur einer Nachtbürgermeisterin / eines Nachtbürgermeisters prüfen und hier gezielt eine Schnittstelle zwischen den verschiedenen Akteuren auf Augenhöhe einrichten.

Nachtmobilität verbessern. Wer abends oder nachts unterwegs ist, muss sicher nach Hause kommen. Wir wollen bessere Nachtbus-Angebote, sichere Wege, gute Beleuchtung, Fahrradabstellmöglichkeiten und klare Verbindungen zwischen Innenstadt, Stadtteilen, Ortsteilen, Hochschulstandorten und Kulturorten.

Nichtkommerzielle Treffpunkte schaffen. Junge Menschen brauchen Orte, an denen sie sein können, ohne Geld auszugeben. Parks, Plätze, Jugendräume, offene Sportflächen, Lernorte und Kulturorte sollen stärker als Aufenthaltsorte mitgedacht werden.

Sport und Bewegung niedrigschwellig ermöglichen. Nicht alle jungen Menschen sind im Verein. Offene Sportflächen, Basketballkörbe, Bolzplätze, Laufstrecken, Skate- und Bewegungsangebote sollen dort entstehen oder verbessert werden, wo sie gebraucht werden.

Junge Menschen verbindlich beteiligen. Jugendparlament, Studierendenvertretungen, Auszubildendenvertretungen, Jugendverbände, junge Initiativen und internationale Gruppen sollen stärker in Entscheidungen einbezogen werden, die ihren Alltag betreffen.

Göttingen als Stadt zum Bleiben profilieren. Viele junge Menschen kommen nach Göttingen und gehen nach Studium oder Ausbildung wieder. Wir wollen stärker zeigen, welche Arbeitsplätze, Wohnmöglichkeiten, Kultur, Vereine, Gründungsangebote und Lebensqualität Göttingen bietet.

KAPITEL 9

Mobilität, die im Alltag funktioniert.

Mobilitätspolitik muss vom Alltag der Menschen ausgehen. Entscheidend ist, dass Wege zur Arbeit, zur Schule, zur Kita, zum Arzttermin, zum Einkauf, zum Sport, in die Innenstadt und zurück nach Hause zuverlässig, sicher und bezahlbar funktionieren.

Göttingen braucht dafür eine klare Richtung: mehr Sicherheit für Fußgänger*innen, bessere Bedingungen für den Radverkehr, einen verlässlicheren Busverkehr und eine Stadt, in der Kinder, ältere Menschen und Menschen mit Behinderung selbstständiger unterwegs sein können. Das ist sozial, klimafreundlich und gut für die Lebensqualität.

Der Radentscheid hat deutlich gemacht, dass viele Menschen in Göttingen bessere und sicherere Radwege wollen. Jetzt geht es darum, die Ziele transparent, verlässlich und mit klaren Prioritäten umzusetzen: zuerst dort, wo Sicherheit, Schulwege, Hauptverbindungen und Lückenschlüsse besonders wichtig sind.

Viele Menschen gehen zu Fuß, fahren Rad oder nutzen den Bus. Andere sind weiterhin auf das Auto angewiesen: wegen Schichtarbeit, Pflege, Familie, körperlicher Einschränkungen, Handwerk, Lieferverkehr oder weil Verbindungen aus Stadtteilen und Ortsteilen noch nicht gut genug sind. Gute Mobilitätspolitik nimmt diese Realität ernst, ohne beim Status quo stehenzubleiben.

Unser Ziel ist eine Stadt, in der klimafreundliche Mobilität leichter, sicherer und attraktiver wird. Wer zu Fuß geht, Rad fährt oder den Bus nutzt, soll im Alltag spürbar bessere Bedingungen bekommen. Wer auf das Auto angewiesen ist, braucht geordnete Erreichbarkeit, klare Regeln und faire Lösungen.

DESHALB WOLLEN WIR:

Alltagswege in den Mittelpunkt stellen. Mobilität muss dort funktionieren, wo Menschen täglich unterwegs sind: zur Arbeit, zur Schule, zur Kita, zum Einkauf, zur Pflege, zum Sport, zur Kultur und zum Arzttermin.

Den Busverkehr verlässlicher machen. Busse müssen pünktlich, verständlich und gut erreichbar sein. Wir wollen Takte, Anschlüsse, Haltestellen, Barrierefreiheit und Informationen so verbessern, dass der Bus im Alltag eine echte Alternative ist.

Den Fahrgastbeirat stärken. Wir wollen, dass der Fahrgastbeirat einen festen beratenden Sitz im zuständigen Ausschuss erhält.

Stadtteile, Ortsteile und Innenstadt besser verbinden. Gute Mobilität endet nicht am Wall. Verbindungen aus den Ortsteilen, zwischen den Stadtteilen, zu Schulen, Arbeitsplätzen, Hochschulstandorten, Sportanlagen und Kulturorten müssen stärker zusammengedacht werden.

Göttingen als Oberzentrum erreichbar halten. Viele Menschen kommen aus dem Landkreis zum Arbeiten, zu Gesundheitsleistungen, Kultur oder Sportangeboten nach Göttingen. An den gemeinsamen Schnittstellen müssen wir Mobilität stärker zusammendenken um allen eine schnelle und stressfreie Anreise zu ermöglichen.

Nachtmobilität verbessern und absichern. Wer abends oder nachts unterwegs ist, soll sicher nach Hause kommen. Das betrifft junge Menschen, Beschäftigte in Gastronomie, Pflege, Kultur und Schichtarbeit genauso wie Besucher*innen von Veranstaltungen.

Radwege sicherer und durchgängiger machen. Göttingen braucht Radverbindungen, die nicht plötzlich enden, an Kreuzungen gefährlich werden oder im Winter unbenutzbar sind. Lücken im Radnetz müssen systematisch geschlossen werden.

Den Radentscheid mit klarem Rückhalt weiter umsetzen. Der Radentscheid bleibt eine zentrale Grundlage für bessere und sichere Radinfrastruktur in Göttingen. Wir stehen zu seinen Zielen und wollen die Umsetzung verbindlich, transparent und mit nachvollziehbaren Prioritäten voranbringen: besonders bei

Schulwegen, gefährlichen Kreuzungen, Hauptverbindungen, Lückenschlüssen und sicheren Abstellmöglichkeiten.

Die Verbindung zwischen dem Westen der Stadt, Grone und Innenstadt verbessern.

Gerade im Westen braucht es sichere, direkte und alltagstaugliche Wege für Rad, Bus und Fußverkehr. Die Anbindung an Innenstadt, Bahnhof, Schulen, Arbeitsplätze und Sportangebote muss besser werden.

Die Unterführung am Maschmühlenweg voranbringen. Sie ist für eine bessere Verbindung zwischen Weststadt, Grone, Innenstadt und Bahnhof zentral. Wir wollen die Planung weiter vorantreiben und die Bedeutung für den Alltag vieler Menschen klar priorisieren.

Den Kreuzbergring neu ordnen. Der Kreuzbergring ist eine wichtige Verbindung, aber heute für viele Menschen zu unsicher und unübersichtlich. Wir wollen eine Lösung, die Radverkehr, Fußverkehr, Bus, Anwohner*innen und Erreichbarkeit besser zusammenbringt.

Sichere Schulwege konsequent umsetzen.

Kinder sollen selbstständig und sicher zur Schule kommen können. Dafür braucht es sichere Querungen, bessere Sichtbeziehungen, Verkehrsberuhigung vor Schulen und weniger gefährliche Bring- und Holsituationen.

Fußverkehr gleichwertig berücksichtigen. Gute Gehwege, sichere Querungen, Barrierefreiheit, Sitzgelegenheiten, Beleuchtung und kurze Wege sind Grundbedingungen für eine soziale Stadt. Besonders Kinder, ältere Menschen und Menschen mit Behinderung profitieren davon.

Barrierefreiheit im Verkehr ausbauen.

Haltestellen, Wege, Querungen, Ampeln, Baustellenführungen und Informationen müssen für möglichst viele Menschen nutzbar sein. Barrierefreiheit ist keine Sonderfrage, sondern Teil guter Mobilität.

Buslinien in die Ortsteile erhalten und ausbauen.

Mobilität darf nicht am Stadtrand enden, daher brauchen unsere Ortsteile verlässliche Busverbindungen. Perspektivisch wollen wir auf den Verbindungen einen 30-Minuten-Takt erreichen.

Fahrradparken ausbauen. Wer mit dem Rad fährt, braucht sichere Abstellplätze: am Bahnhof, in der Innenstadt, an Schulen, an Sportanlagen, bei Kulturorten, in Wohnquartieren und an großen Arbeitgebern.

Winterdienst auf wichtigen Rad- und Fußwegen verbessern. Radfahren und Zufußgehen dürfen im Winter nicht plötzlich unmöglich werden. Hauptverbindungen, Schulwege und stark genutzte Wege müssen verlässlicher geräumt und gestreut werden.

Den Winterdienst auf Straßen kontinuierlich sicherstellen. Der Winterdienst muss für den Straßenverkehr so verbessert werden, dass es im Winter nicht zu größeren Ausfällen der Schulbeförderung oder zu Schwierigkeiten für Berufspendler kommt.

Parkraum gerecht ordnen. Parkraum ist begrenzt und öffentlicher Raum muss vielen Bedürfnissen dienen: Wohnen, Aufenthalt, Handel, Lieferverkehr, Pflege, Handwerk, Barrierefreiheit, Begrünung, Radverkehr und Fußverkehr. Deshalb braucht Göttingen klare Regeln, gute Information und eine gerechte Nutzung des vorhandenen Raums.

Parkraumbewirtschaftung als wirksames Instrument nutzen. Parkraumbewirtschaftung hilft, Suchverkehr zu reduzieren, Bewohner*innen zu entlasten, Flächen gerechter zu nutzen und die Innenstadt erreichbar zu halten. Sie muss verständlich, sozial ausgewogen und nachvollziehbar umgesetzt werden.

Lieferverkehr, Handwerk und Pflege mitdenken. Mobilitätspolitik muss auch für Menschen funktionieren, die beruflich unterwegs sind. Ladezonen, Zufahrten, Kurzzeitparken und klare Regeln sind wichtig, damit Arbeit in der Stadt möglich bleibt.

Innenstadt erreichbar halten. Die Innenstadt muss mit Bus, Rad, zu Fuß und dort, wo nötig, auch mit dem Auto erreichbar sein. Entscheidend ist eine gute Ordnung der Verkehre, damit Aufenthalt, Handel, Gastronomie, Kultur und Wohnen miteinander funktionieren.

Mobilitätshubs entwickeln. Wir wollen Bus, Rad, sichere Fahrrad- und E-Roller-Abstellplätze, Carsharing, Ladepunkte, Park-and-Ride und Bike-and-Ride besser verbinden. Mobilitätshubs sollen dort entstehen, wo sie Alltagswege erleichtern und Stadtteile, Ortsteile, Bahnhof, Innenstadt, Hochschulen und Arbeitsorte besser verknüpfen.

Baustellen besser koordinieren und kommunizieren. Baustellen belasten Alltag, Handel, Busverkehr, Radverkehr und Anwohner*innen. Wir wollen bessere Abstimmung, frühere Information und sichere Umleitungen für alle Verkehrsteilnehmenden.

KAPITEL 10

Klimaschutz, Energie und Hitzeschutz. Wirksam und sozial gerecht.

Klimaschutz wird dort wirksam, wo die Stadt konkret handelt: bei Gebäuden, Wärme, Energie, Verkehr, Bäumen, Flächen und Investitionen. Göttingen muss schneller werden, wenn wir die Stadt klimafreundlicher, widerstandsfähiger und bezahlbar halten wollen.

Dabei geht es nicht nur um Ziele auf dem Papier. Klimaschutz schützt Menschen konkret: vor Hitze, Starkregen, hohen Energiekosten, schlechter Luft und den Folgen einer Erderhitzung, die besonders Kinder, ältere Menschen, Menschen mit Erkrankungen und Menschen mit wenig Geld trifft.

Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit und gute öffentliche Infrastruktur gehören zusammen. Wirksame Maßnahmen müssen umgesetzt werden. Gleichzeitig dürfen die Kosten nicht einseitig bei Mieter*innen, Familien oder Menschen mit kleinem Einkommen landen.

Göttingen braucht deshalb eine Klimapolitik mit klaren Prioritäten: wirksame Investitionen, mehr erneuerbare Energie, klimafreundliche Wärme, bessere Gebäude, mehr Schatten und Wasser in der Stadt, Schutz vor Starkregen und eine Verwaltung, die Projekte nicht ausbremst.

DESHALB WOLLEN WIR:

Den Klimafonds als zentrales Instrument

weiterentwickeln. Der Klimafonds ist ein wichtiges Instrument, um wirksame Klimaschutzmaßnahmen gezielt zu finanzieren. Wir wollen ihn nutzen, um Projekte mit großem sozialem und ökologischem Nutzen voranzubringen.

Klimaschutz nach Wirkung priorisieren. Nicht jede Maßnahme hat den gleichen Effekt. Wir wollen stärker danach entscheiden, welche Projekte besonders viel CO₂ einsparen, Menschen entlasten, Hitze reduzieren oder Gebäude und Infrastruktur widerstandsfähiger machen.

Erneuerbare Energie in Göttingen ernsthaft ausbauen. Göttingen braucht mehr eigene erneuerbare Energie. Photovoltaik auf Dächern bleibt wichtig, reicht allein aber nicht. Deshalb müssen auch Windenergie und Freiflächen-PV dort geprüft und ermöglicht werden, wo es fachlich, ökologisch und städtebaulich vertretbar ist. Eine angemessene Verhältnismäßigkeit in der Verteilung im gesamten Stadtgebiet muss hierbei Berücksichtigung finden.

Städtische Dächer und Flächen für

Solarenergie nutzen. Die Stadt soll ihre Gebäude und geeigneten Flächen systematisch prüfen und Solarenergie dort umsetzen, wo es sinnvoll und wirtschaftlich möglich ist.

Private und gewerbliche Solarprojekte besser unterstützen. Viele Eigentümer*innen und Betriebe wollen handeln, scheitern aber an Beratung, Verfahren oder Unsicherheit. Die Stadt soll informieren, vermitteln und Verfahren dort erleichtern, wo sie zuständig ist.

Kommunale Wärmeplanung verständlich und

sozial umsetzen. Bezahlbare und klimafreundliche Wärme ist eine zentrale soziale Frage. Die kommunale Wärmeplanung muss verständlich erklärt und Schritt für Schritt umgesetzt werden: mit Blick auf Fernwärme, Wärmenetze, Gebäudesanierung, erneuerbare Wärme und Schutz von Mieter*innen.

Energetische Sanierung sozial gestalten.

Sanierung darf nicht zu Verdrängung führen. Klimaschutz im Gebäudebereich muss

Warmmieten im Blick behalten, Fördermittel gezielt nutzen und Mieter*innen schützen.

Städtische Gebäude schneller sanieren.

Schulen, Kitas, Verwaltungsgebäude, Sportstätten und soziale Einrichtungen müssen energetisch besser werden. Das spart langfristig Energie und Geld und verbessert die Bedingungen vor Ort.

Hitzeschutz in der Stadt ausbauen. Mehr Schatten, Bäume, Trinkwasser, kühle Orte, helle Oberflächen, Entsiegelung und Begrünung sind kein Luxus. Sie entscheiden an heißen Tagen darüber, ob unsere Stadt für die Menschen nutzbar, sicher und zugänglich ist.

Kinder, ältere Menschen und vulnerable

Gruppen besonders schützen. Kitas, Schulen, Pflegeeinrichtungen, soziale Einrichtungen, Spielplätze, Haltestellen und öffentliche Plätze brauchen besseren Schutz vor Hitze. Hitzeschutz muss dort beginnen, wo Menschen besonders betroffen sind.

Starkregen- und Hochwasserschutz

verbessern. Wenn Starkregen kommt, dürfen Keller, Straßen, soziale Einrichtungen und kritische Infrastruktur nicht schutzlos sein. Klimaanpassung ist Vorsorge — und Vorsorge ist kommunale Verantwortung. Entsiegelung, Versickerung, Rückhalteflächen, Grünflächen, Gewässerpflege und klare Notfallplanung gehören zusammen.

Mehr Bäume und Grün in die Stadt bringen.

Bäume kühlen, spenden Schatten, binden CO₂ und verbessern die Aufenthaltsqualität. Wir wollen mehr Straßenbäume, Grünflächen und klimaangepasste Pflanzungen, besonders dort, wo Hitze stark belastet. Dort wo Bäume im öffentlichen Raum entnommen werden sollen, erwarten wir eine umfassende Prüfung der Notwendigkeit und Abwägung der Interessen.

Entsiegelung voranbringen. Wo Flächen nicht versiegelt sein müssen, sollen sie wieder Wasser aufnehmen, kühlen und begrünt werden können. Das betrifft Plätze, Schulhöfe, Parkflächen, Innenhöfe und öffentliche Räume.

Wasser in der Stadt besser nutzen.

Trinkbrunnen, Regenwassermanagement, Versickerung, Wasserrückhalt und kühlende Grünflächen werden wichtiger. Die Stadt muss

Wasser stärker als Teil von Klimaanpassung planen.

Klimaschutz in Beschaffung und Verwaltung verankern. Die Stadt kauft ein, baut, saniert, vergibt Aufträge und betreibt Gebäude. Diese Entscheidungen müssen stärker auf Klimaschutz, Lebenszykluskosten, soziale Kriterien und langfristige Wirkung ausgerichtet werden.

Klimaschutz verständlich erklären. Viele Menschen wollen wissen, was auf sie zukommt: bei Wärme, Sanierung, Verkehr, Energiepreisen und Fördermöglichkeiten. Die Stadt muss verständlich informieren, beraten und Unsicherheit abbauen.

Bürger*innen, Vereine und Betriebe beim Handeln unterstützen. Klimaschutz gelingt besser, wenn Menschen mitmachen können. Beratung, Förderprogramme, Nachbarschaftsprojekte, Energieberatung, Entsiegelung, Begrünung und gemeinschaftliche Initiativen sollen leichter zugänglich werden.

Klimaschutz nicht gegen soziale Infrastruktur ausspielen. Investitionen in Schulen, Kitas, Sportstätten, soziale Einrichtungen und Klimaschutz gehören zusammen. Gute Sanierungen können Gebäude besser, günstiger im Betrieb und klimaresilienter machen.

KAPITEL 11

Eine Verwaltung, die erreichbar ist und Dinge möglich macht.

Eine gute Verwaltung ist für den Alltag der Menschen entscheidend. Wer einen Ausweis braucht, einen Kita-Platz sucht, eine Baugenehmigung beantragt, Wohngeld braucht, einen Verein anmelden will, Unterstützung im Alter sucht oder eine Veranstaltung plant, muss die Stadt erreichen können.

Wenn Verfahren zu kompliziert sind, trifft das nicht alle gleich. Besonders belastet sind Menschen mit wenig Zeit, wenig Geld, Sprachbarrieren, Sorgearbeit, Schichtdienst, Behinderung, Krankheit oder wenig Erfahrung mit Behörden. Deshalb ist eine verständliche und erreichbare Verwaltung zum Beispiel durch die Verwendung einfacher Sprache auch eine Frage sozialer Gerechtigkeit.

Gleichzeitig gilt: Die Beschäftigten der Stadt können nur gut arbeiten, wenn Strukturen, Technik, Zuständigkeiten und Arbeitsabläufe stimmen.

Göttingen braucht eine Verwaltung, die digitaler, klarer und verbindlicher wird, ohne Menschen auszuschließen, die persönliche Beratung brauchen.

DESHALB WOLLEN WIR:

Erreichbarkeit, Termine und Rückmeldungen verbessern. Bürger*innen müssen einfacher herausfinden, wer zuständig ist, wie sie einen Termin bekommen und wann sie eine Antwort erwarten können. Online-Termine dürfen nicht zur Glückssache werden. Formulare, Bescheide und Informationen sollen verständlicher werden. Nicht jede Anfrage kann sofort erledigt werden, aber Menschen, Vereine und Unternehmen sollen wissen, wie der Stand ist und wann es weitergeht.

Digitale Verfahren ausbauen. Wo es möglich ist, sollen Anträge vollständig digital gestellt, bearbeitet und nachverfolgt werden können. Dadurch sollen sowohl die Verwaltung als auch Bürgerinnen und Bürger entlastet und die Kommunikation vereinfacht werden. Digitalisierung darf nicht beim PDF zum Ausdrucken enden.

Digitale Akten und medienbruchfreie Abläufe voranbringen. Daten sollen nicht mehrfach eingegeben, ausgedruckt, eingescannt und weitergeleitet werden müssen. Gute digitale Abläufe entlasten Beschäftigte und beschleunigen Verfahren.

Analoge Zugänge erhalten. Nicht alle Menschen können oder wollen alles digital erledigen. Persönliche Beratung, telefonische Erreichbarkeit und Unterstützung vor Ort müssen erhalten bleiben.

Bürgerbüros sichern und mobile Verwaltung prüfen. Die Bürgerbüros sind wichtige Anlaufstellen. Zusätzlich wollen wir mobile Sprechstunden und Verwaltungsangebote in Stadtteilen und Ortsteilen prüfen, besonders für Menschen mit eingeschränkter Mobilität.

Verwaltung stärker in die Stadtteile bringen. Beratung zu Wohnen, Familie, Alter, Pflege, Integration, Bildung, Ehrenamt oder Sozialleistungen soll dort leichter erreichbar sein, wo Menschen leben.

Vereine, Initiativen und Ehrenamt besser begleiten. Wer ein Fest organisiert, einen Raum sucht, eine Förderung beantragt oder eine Genehmigung braucht, soll nicht von Stelle zu Stelle geschickt werden. Vereine brauchen klare Ansprechpersonen und verständliche Verfahren.

Bau- und Planungsverfahren besser steuern.

Wohnungsbau, Schulbau, Sportstätten, Gewerbeflächen, Klimaschutzprojekte und soziale Infrastruktur brauchen klare Zuständigkeiten, verbindliche Zeitpläne und regelmäßige Kommunikation.

Prozessmanagement verbindlich einsetzen. Die Stadt soll ihre wichtigsten Verfahren systematisch überprüfen: Wo dauern Dinge zu lange? Wo entstehen doppelte Arbeitsschritte? Wo fehlen Zuständigkeiten? Wo kann Technik helfen?

Beschäftigte einbeziehen und entlasten.

Veränderungen in der Verwaltung müssen mit den Mitarbeiter*innen gestaltet werden. Gute Digitalisierung braucht Schulung, Beteiligung, Datenschutz, IT-Sicherheit und ausreichend Personal.

Daten besser nutzen, ohne Datenschutz zu schwächen.

Gute Planung braucht gute Daten: zu Wohnen, Kitas, Schulen, Verkehr, Klima, Stadtteilen und sozialen Bedarfen. Wir bekennen uns dabei zu open-data und damit zu einer nachvollziehbaren und niedrigschwelligen Bereitstellung von Daten der Verwaltung, der Souveränität über diese für die Bürgerinnen und Bürger, damit das Handeln der Stadt für alle zu verstehen ist. Gleichzeitig müssen Datenschutz und Datensicherheit ernst genommen werden.

Städtische Gesellschaften und Verwaltung

besser verzahnen. Viele Aufgaben liegen nicht nur im Rathaus. Stadt, Eigenbetriebe und Beteiligungen müssen bei den verschiedenen Themen klarer zusammenarbeiten.

Eine Kultur des Ermöglichs stärken.

Verwaltung soll nicht nur erklären, warum etwas nicht geht, sondern Wege zeigen, wie Vorhaben rechtssicher möglich werden.

KAPITEL 12

Kultur und öffentliche Räume. Göttingen lebendig halten.

Göttingen ist Kulturstadt, weil Kultur hier jeden Tag stattfindet: auf Bühnen, in Proberäumen, in Clubs, in der Bibliothek, in Schulen, in Stadtteilen, in Vereinen, in Ausstellungen und auf öffentlichen Plätzen.

Diese Breite ist eine Stärke. Sie macht Göttingen interessant, offen und lebendig. Sie schafft Bildung, Arbeit, Begegnung, Debatte, Erinnerung, Integration und Lebensqualität. Kultur ist damit mehr als Freizeit. Sie ist Teil einer Stadt, in der Menschen gern leben, arbeiten, studieren, ausbilden und bleiben.

Aber Kultur trägt sich nicht von selbst. Viele Einrichtungen arbeiten mit knappen Mitteln. Freie Künstler*innen und Solo-Selbstständige haben wenig Sicherheit. Räume fehlen oder sind zu teuer. Proberäume sind knapp. Technik, Barrierefreiheit und Personal kosten Geld. Tarifsteigerungen dürfen nicht dazu führen, dass Einrichtungen ihr Programm kürzen oder Stellen abbauen müssen.

Wir wollen dabei die großen Kulturorte sichern und auch weiterhin die freie Szene nach Kräften unterstützen, dies sichert unsere kulturelle Vielfalt. Durch ein breites und zugängliches Angebot stärken wir den Kulturstandort Göttingen im Ganzen.

Die Innenstadt verändert sich. Leerstand, Onlinehandel, hohe Mieten, Gastronomie, Nachtleben, Veranstaltungen und neue Nutzungen verändern das Zentrum. Kultur kann dabei helfen, Innenstadt wieder stärker zu öffnen: für Begegnung, Aufenthalt, neue Formate, junge Menschen, Familien, Vereine und Stadtgesellschaft. Sie darf aber nicht nur als Lückenfüller für leere Flächen behandelt werden. Kultur braucht faire Bedingungen, bezahlbare Räume und eine Stadt, die vermittelt.

DESHALB WOLLEN WIR:

Kultur verlässlich finanzieren. Kultur braucht Planungssicherheit über einzelne Haushaltsjahre hinaus. Förderungen sollen mittel- und langfristiger angelegt werden, damit Einrichtungen, Vereine und Projekte nicht ständig um ihre Grundlage bangen müssen. Hierfür brauchen wir bessere Unterstützung zum Beispiel durch das Land Niedersachsen.

Tarifsteigerungen bei geförderten

Einrichtungen berücksichtigen. Gute Kultur braucht gute Arbeit. Wenn Löhne steigen, darf das nicht automatisch zu weniger Programm, weniger Personal oder schlechteren Arbeitsbedingungen führen. Stadt, Landkreis und Land müssen hier gemeinsam Verantwortung übernehmen.

Freie Künstler*innen und Solo-Selbstständige stärker absichern. Freischaffende tragen einen großen Teil der Göttinger Kultur. Sie brauchen faire Honorare, Zugang zu Förderung, bezahlbare Räume, Sichtbarkeit und weniger bürokratische Hürden.

Kleine Kultureinrichtungen und freie Theater sichern. Freie Theater, Spielorte, Gruppen und kleinere Einrichtungen gehören zur kulturellen Vielfalt Göttingens. Wir wollen Förderverträge und verlässliche Strukturen dort prüfen, wo kontinuierliche Arbeit geleistet wird.

Deutsches Theater erhalten und sanieren. Das Deutsche Theater ist ein zentraler Kulturort der Stadt. Die Sanierung muss realistisch, finanzierbar und mit klarem Zeitplan vorangebracht werden. Stadt, Landkreis, Land und Bund müssen ihren Beitrag leisten.

Junges Theater im Otfried-Müller-Haus verlässlich weiterentwickeln. Nach der Sanierung des Otfried-Müller-Hauses muss das Junge Theater zeitnah zurückziehen und auf dem weiteren Weg als eigenständiges Theater verlässlich und langfristig unterstützt werden.

Wir stärken Soziokultur in Göttingen.

Soziokultur schafft Zugang, Beteiligung und kulturelle Bildung. KAZ und musa sind wichtige Orte für Gruppen, Vereine, Kurse, Veranstaltungen, politische Bildung, Jugendkultur und Stadtgesellschaft. Sie brauchen verlässliche Räume, Barrierefreiheit und gute

Rahmenbedingungen. Wie engagieren uns für die Zukunft vom Haus der Kulturen und des Atelierhauses.

Musikstadt Göttingen voranbringen. Göttingen lebt vom GSO, Chören, Bands, Orchestern, Clubs und Festivals. Wir wollen Musikförderung, Proberäume, Auftrittsmöglichkeiten und Nachwuchsformate gezielt stärken. Wer musizieren möchte, muss dafür funktionierende Strukturen vorfinden.

Literaturstadt Göttingen voranbringen.

Literarisches Zentrum, Göttinger Literaturhaus und der Göttinger Literaturherbst beleben das kulturelle Leben in unserer Stadt. Wir werden für weitere Unterstützung sorgen.

Proberäume und Produktionsräume schaffen.

Bands, Chöre, Theatergruppen, Tanz, Jugendkultur und freie Kunst brauchen Räume, die bezahlbar, nutzbar und erreichbar sind. Leerstände, Schulräume, Stadtteilzentren, Kulturorte und städtische Immobilien sollen systematisch darauf geprüft werden.

Die Stadtbibliothek als zentralen Ort für alle in der Stadt weiterentwickeln.

Stadtbibliotheken sind zentrale Orte für Begegnung, Bildung und Teilhabe. Wir wollen die Bibliothek deutlich weiterentwickeln, mit einer modernen Ausstattung, einer größeren Auswahl an Materialien und Werkzeugen für verschiedene Hobbys und Interessen, einer weiteren Öffnung nach außen und gemütlichen Ecken zum Verweilen und Austauschen. Mit der Stadtbibliothek haben wir die Möglichkeit für einen zentralen Baustein gelingender kommunaler Infrastruktur.

Stadthalle für lokale Kultur, Vereine und Initiativen besser nutzbar machen.

Die Stadthalle zu sanieren war ein wichtiger und notwendiger Schritt. Sie muss wirtschaftlich betrieben werden, darf aber nicht nur für große und teure Formate offenstehen. Lokale Kultur, Vereine, Chöre, Schulen und Initiativen brauchen bessere Konditionen und planbare Zugänge.

Lokhalle als großen Veranstaltungsort weiterentwickeln.

Die Lokhalle bleibt wichtig für Konzerte, Messen, Sport, Kongresse und große Veranstaltungen. Ihre technische und räumliche Ausstattung soll so weiterentwickelt werden, dass

Göttingen im Wettbewerb um große Formate bestehen kann.

Kunstquartier weiter zur Innenstadt öffnen. Das Kunstquartier mit Kunsthaus und Literaturhaus ist ein wichtiger Baustein für Göttingen als Kulturstadt. Jetzt kommt es darauf an, es weiter sichtbar, zugänglicher und stärker mit der Innenstadt zu verbinden: durch gute Wege, Beschilderung, Aufenthaltsqualität, gemeinsame Formate und weitere öffentliche Wahrnehmung.

Kultur in Stadtteile und Ortsteile bringen. Kultur darf nicht nur in der Innenstadt stattfinden. Die städtischen Möglichkeiten zum Beispiel der Mehrzweckhalle Grone, der Festhalle Weende, der Dorfgemeinschaftshäuser oder Schulen sollen noch stärker für Kultur nutzbar werden. Dafür braucht es Technik, Bestuhlung, Barrierefreiheit und gute Organisation.

Kulturelle Teilhabe bezahlbar machen und kulturelle Bildung für alle sicherstellen. Kultur muss auch für Menschen mit wenig Geld erreichbar sein. Ermäßigungen und gute Informationen diesbezüglich müssen weiterentwickelt werden. Weiterhin brauchen junge Menschen niedrigschwelligen Zugang zu kulturellen Bildungsangeboten in unserer Stadt.

Hier gilt eine Gesamtverantwortung, kulturelle Angebote für eine breite Zielgruppe vorzuhalten.

Innenstadt als Kultur-, Aufenthalts-, Arbeits- und Einkaufsort entwickeln. Innenstadtpolitik darf nicht nur Handelspolitik sein. Gastronomie, Kultur, Schulen, soziale Angebote, Aufenthalt, Mobilität, Wochenmarkt und öffentlicher Raum gehören zusammen.

Leerstand aktiv bearbeiten. Bei größeren Leerständen soll die Stadt stärker vermitteln: zwischen Eigentümer*innen, Handel, Gastronomie, Kultur, Vereinen, sozialen Trägern, Start-ups und neuen Nutzungen. Kultur kann Räume beleben, braucht dafür aber faire Mieten und klare Vereinbarungen.

Nacht der Kultur, Open Sound und erfolgreiche Innenstadtformate sichern. Formate wie die Nacht der Kultur und Open Sound zeigen, wie Kultur die Innenstadt öffnet: kostenlos, niedrigschwellig, vielfältig und für unterschiedliche Generationen. Wir bekennen uns klar zu solchen Formaten und wollen sie gemeinsam mit Kultur, Handel, Gastronomie, Vereinen, Initiativen und Anwohner*innen weiterentwickeln.

Das Rathaus für junge Menschen öffnen. Das Rathaus soll nicht nur als Verwaltungsgebäude erlebt werden. Wir wollen prüfen, ob im oder am Rathaus Veranstaltungen wie zum Beispiel eine niedrigschwellige Rathausparty für junge Menschen stattfinden kann: mit Musik, Kultur, Begegnung, Beratung, Prävention und Demokratieförderung. So können Barrieren zur Stadtverwaltung abgebaut, junge Menschen mit Angeboten vertraut gemacht und Beteiligung anders erlebbar werden.

Nutzungskonflikte fair lösen. Innenstadt bedeutet Nähe. Gastronomie, Kultur, Nachtleben, Lieferverkehr, Veranstaltungen, Alltag und Ruhebedürfnis müssen miteinander funktionieren. Dafür braucht es Dialog, klare Regeln und praktische Lösungen.

Öffentliche und barrierefreie Toiletten besser zugänglich machen. Toiletten sind Teil von Sicherheit, Teilhabe und Aufenthaltsqualität. Wir wollen mehr saubere, barrierefreie und gut auffindbare Toilette in der Innenstadt und an wichtigen öffentlichen Orten prüfen. Die Verantwortung dafür kann nicht durch Gastronomie und Handel getragen werden.

KAPITEL 13

Gleichstellung von Frauen. Selbstbestimmt leben. Gleichberechtigt mitgestalten.

Frauen prägen Göttingen in Wirtschaft und Wissenschaft, in Verwaltung, Politik, Kultur, Sport, Vereinen und im gesellschaftlichen Leben. Gleichstellung bedeutet für uns, dass Frauen ihre beruflichen und persönlichen Entscheidungen selbstbestimmt treffen und gleichberechtigt an den Entscheidungen unserer Stadt mitwirken können.

Göttingen verfügt über eine etablierte kommunale Gleichstellungsarbeit, engagierte Frauenverbände, Beratungsstellen und gewachsene Netzwerke. Diese Strukturen wollen wir sichern und dort weiterentwickeln, wo immer noch konkrete Benachteiligungen oder Lücken bestehen.

Die Stadt kann als Arbeitgeberin, Auftraggeberin, Planungsbehörde und Förderin selbst handeln. Gleichstellung muss deshalb in der Wirtschafts- und Personalpolitik ebenso berücksichtigt werden wie in Stadtentwicklung, Mobilität und Gewaltschutz. Die Stadt und ihre Beteiligungsgesellschaften haben in Fragen der Gleichstellung eine besondere Vorbildfunktion und sollen dieser Verantwortung auch in der Praxis gerecht werden. Das gilt auch für die Ermutigung junger Frauen auf ihren Berufswegen.

Gleichstellung in der Stadtpolitik

berücksichtigen. Erst die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in der Kommunalpolitik stärkt Demokratie und Gerechtigkeit. Stadtpolitik braucht die weibliche Perspektive. Die Lebensrealität von Frauen muss abgebildet werden. Sitzungszeiten, Veranstaltungsformate und Beteiligungsformate müssen sich dieser annehmen.

Frauen in Wirtschaft, Wissenschaft und Gründung stärken.

Göttingen lebt von Wissenschaft, Gesundheitswirtschaft, Handwerk, Mittelstand und einer vielfältigen Gründungsszene. Gemeinsam mit Wirtschaftsförderung, Hochschulen, Kammern und Unternehmensnetzwerken wollen wir Frauen bei Gründung, Unternehmensnachfolge und beruflicher Entwicklung gezielter erreichen und bestehende Angebote besser miteinander verbinden. Hierfür werden gezielte Angebote durch die Wirtschaftsförderung unterbreitet.

Gute Arbeit und wirtschaftliche

Selbstständigkeit sichern. Faire Löhne, Tarifbindung, Mitbestimmung und verlässliche berufliche Perspektiven sind wichtige Voraussetzungen für wirtschaftliche Selbstständigkeit. Die Stadt soll diese Grundsätze bei ihrer eigenen Beschäftigung, in ihren Gesellschaften und im Rahmen ihrer Vergabe- und Wirtschaftspolitik berücksichtigen.

Beruf, Familie und Pflege besser miteinander

vereinbaren. Verlässliche Kinderbetreuung, eine gute Pflegeinfrastruktur und zeitgemäße Arbeitsbedingungen ermöglichen Menschen eine partnerschaftliche Verteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit. Die konkreten Maßnahmen zu Kitas, Familienberatung und dem Familienrathaus beschreiben wir im Kapitel „Gut aufwachsen“.

Die Istanbul-Konvention kommunal ernst

nehmen und umsetzen. Der Schutz vor Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt ist eine öffentliche Aufgabe. Wir stehen klar hinter der Umsetzung der Istanbul-Konvention und wollen die städtischen Strukturen für Prävention, Schutz und Zusammenarbeit weiterentwickeln.

Frauennotruf und Fachberatung verlässlich

unterstützen. Betroffene von Gewalt brauchen schnelle, sichere und fachlich gute Hilfe. Frauennotruf und Fachberatungsstellen benötigen verlässliche Rahmenbedingungen und sollen nicht um die Grundlage ihrer Arbeit kämpfen müssen.

Täterarbeit stärker einbeziehen.

Gewaltschutz darf nicht erst bei den Betroffenen beginnen. Täterarbeit kann helfen, Gewalt zu unterbrechen und Wiederholungen zu verhindern, und gehört deshalb zu einer wirksamen Gewaltschutzstrategie.

Sichere öffentliche Räume durch feministische

Stadtplanung schaffen. Wir wollen gute Beleuchtung, klare Sichtbeziehungen, gepflegte Wege, erreichbare Hilfe, belebte Orte, eine verlässliche Nachtmobilität und wirksame Prävention. Die Erfahrungen von Frauen sollen bei der Planung von Wegen, Plätzen, Haltestellen und öffentlichen Einrichtungen stärker berücksichtigt werden.

Sichere Unterbringungsmöglichkeiten für

wohnungslose Frauen gewährleisten. Göttingen braucht niedrigschwellige und kurzfristig erreichbare Unterbringungsmöglichkeiten. Der Bedarf an geschützten Angeboten und an einer alleinigen Unterbringung von Frauen soll regelmäßig geprüft und bei der Weiterentwicklung der Angebote berücksichtigt werden.

KAPITEL 14

Demokratie schützen. Sicherheit für alle schaffen.

Demokratie beginnt vor Ort. Sie zeigt sich darin, ob Menschen mitreden können, ob Gedenkkorte geschützt werden, ob Jugendliche ernst genommen werden, ob Vereine Unterstützung finden und ob Menschen ohne Angst verschieden sein können.

Göttingen hat eine starke demokratische Stadtgesellschaft. Viele Menschen treten Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus und Queerfeindlichkeit entschieden entgegen und verteidigen damit ein offenes, vielfältiges und demokratisches Göttingen. Dieses Engagement verdient verlässlichen Rückhalt.

Wir stellen uns klar gegen rechte Hetze, Einschüchterung und Gewalt. Wer Regenbogentreppen beschmiert, Gedenkkorte angreift, Menschen bedroht oder demokratische Institutionen verächtlich macht, greift das Zusammenleben in unserer Stadt an. Göttingen bleibt solidarisch, vielfältig und antifaschistisch.

Unser Ziel ist eine Stadt, in der Menschen mitreden, sich sicher bewegen und gleichberechtigt teilhaben können: unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Behinderung, Alter, sexueller Orientierung, geschlechtlicher Identität, Religion oder Einkommen.

DESHALB WOLLEN WIR:

Klare Haltung gegen rechts zeigen.

Göttingen braucht eine Stadtpolitik, die Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus, Queerfeindlichkeit entschieden widerspricht. Demokratische Initiativen, Bündnisse und Gedenkarbeit sollen verlässlichen Rückhalt bekommen.

Gedenkort schützen und Erinnerungskultur stärken.

Gedenkort, Stolpersteine, Erinnerungszeichen und Orte demokratischer Bildung müssen sichtbar, gepflegt und geschützt bleiben. Angriffe auf solche Orte dürfen nicht verharmlost werden.

Das offene Rathaus schaffen.

Wir wollen prüfen, wie das Rathaus gemeinsam mit Bildungsträgern, Initiativen und den verschiedenen Fachdiensten an bestimmten Tagen die Hemmschwelle von Bürgerinnen und Bürgern zur Verwaltung durch gemeinsame Aktionen, einen Tag der offenen Tür oder ähnliche Formate verringern kann.

Politische Bildung vor Ort unterstützen.

Demokratie lernt man nicht nur im Unterricht. Wir wollen Angebote für politische Bildung, Beteiligung und Erinnerung leichter umsetzen können.

Jugendbeteiligung verbindlicher machen.

Junge Menschen sollen nicht nur angehört werden, wenn es bequem ist. Jugendparlament, Schüler*innenvertretungen und Jugendverbände sollen frühzeitig einbezogen werden, wenn Entscheidungen ihren Alltag betreffen.

Beteiligung barriereärmer organisieren.

Beteiligung darf nicht nur für Menschen funktionieren, die Zeit, Sprache, Wissen und

Sicherheit im Umgang mit Verwaltung haben. Informationen, Veranstaltungen und Verfahren müssen verständlicher, zugänglicher und besser erreichbar werden.

Die UN-Behindertenrechtskonvention vor Ort konsequent umsetzen.

Es bestehen auf kommunaler Ebene weiterhin Barrieren und Umsetzungsbedarf. Wir wollen die Vorgaben der UN-BRK deshalb konsequent in kommunales Handeln übersetzen und Menschen mit Behinderungen an den sie betreffenden Planungen und Entscheidungen beteiligen.

Queeres Leben schützen und sichtbar machen.

Queere Menschen müssen in Göttingen sicher und sichtbar leben können. CSD, Beratungsangebote, queere Jugendgruppen und Schutz vor queerfeindlicher Gewalt brauchen klare Unterstützung.

Antidiskriminierungsarbeit stärken.

Menschen, die Formen von Diskriminierung erleben, brauchen Beratung, Ansprechstellen und eine Verwaltung, die Diskriminierung ernst nimmt.

Nachtmobilität und sichere Heimwege

verbessern. Wer nachts unterwegs ist, soll sicher nach Hause kommen. Dafür braucht es gute Busverbindungen, beleuchtete Wege und Fahrradabstellplätze und sichere Haltestellen sowie vertrauensvolle Absprachen mit Polizei und Ordnungsamt.

Sicherheit nicht allein ordnungspolitisch

denken. Ordnung und klare Regeln sind wichtig. Aber echte Sicherheit entsteht auch durch Prävention, Sozialarbeit, Beleuchtung, Sauberkeit, Hilfe für Betroffene, Jugendarbeit, Beteiligung und starke Nachbarschaften.

KAPITEL 15

Kommunale Finanzen. Investieren, priorisieren, handlungsfähig bleiben.

Göttingen steht vor großen Aufgaben. Bezahlbarer Wohnraum, gute Schulen, Kitas, Sportstätten, Klimaschutz, Kultur, soziale Infrastruktur, Mobilität und eine moderne Verwaltung brauchen Geld, Personal und klare Entscheidungen.

Gleichzeitig ist klar: Nicht jede Verbesserung braucht ein neues Großprojekt. Vieles beginnt mit klaren Zuständigkeiten, besserer Abstimmung, schnelleren Verfahren, guter Kommunikation und dem Willen, vorhandene Räume, Flächen und Strukturen klüger zu nutzen.

Wir wollen Göttingen handlungsfähig halten. Das heißt: nicht kaputtsparen, aber ehrlich priorisieren. Nicht alles gleichzeitig versprechen, aber die wichtigen Zukunftsaufgaben schützen. Nicht soziale Infrastruktur gegen Investitionen ausspielen, sondern beides zusammen denken.

Eine Stadt spart sich nicht stark, wenn sie Schulen verfallen lässt, soziale Angebote schwächt, Klimaschutz verschiebt oder Kultur und Vereine ausbluten lässt. Viele Kürzungen wirken erst später richtig teuer: wenn Gebäude schlechter werden, Menschen früher in Krisen geraten oder Ehrenamt wegbricht.

Deshalb braucht Göttingen eine Finanzpolitik, die Verantwortung übernimmt: mit klaren Prioritäten, wirksamen Investitionen, guter Fördermittelakquise, besserer Zusammenarbeit städtischer Gesellschaften und einer ehrlichen Debatte darüber, was zuerst angegangen werden muss.

DESHALB WOLLEN WIR:

Handlungsfähigkeit der Stadt sichern. Göttingen muss auch in schwierigen Haushaltslagen gestalten können. Dafür braucht es klare Prioritäten, verlässliche Planung und den Mut, wichtige Zukunftsaufgaben nicht aufzuschieben.

Unsere Infrastruktur nicht kaputtsparen.

Kürzungen bei Schulen, Kitas, sozialer Infrastruktur, Kultur, Sport, Klimaschutz und Prävention können kurzfristig entlasten, werden langfristig aber oft teurer. Wir wollen genau hinschauen, wo Einsparungen wirklich sinnvoll sind und wo sie Schaden anrichten.

Ehrlich priorisieren. Nicht alles kann gleichzeitig umgesetzt werden. Deshalb sollen Investitionen nachvollziehbar priorisiert werden: nach sozialer Wirkung, Dringlichkeit, Klimanutzen, Folgekosten, Sicherheit, Pflichtaufgaben und Nutzen für die Stadtteile.

Verbesserungen ermöglichen, die wenig kosten.

Nicht alles braucht ein großes Investitionsprogramm. Bessere Kommunikation, klare Ansprechpersonen, einfachere Genehmigungen, Zwischennutzungen, Mehrfachnutzungen, bessere Beschilderung, kleinere Reparaturen, mobile Angebote, abgestimmte Termine und verbindliche Rückmeldungen können schnell spürbare Wirkung entfalten.

Klimaschutz und Sanierung zusammendenken.

Energetische Sanierungen, Hitzeschutz, Entsiegelung und gute Gebäude senken langfristig Kosten und machen öffentliche Infrastruktur besser nutzbar. Klimaschutz darf nicht als Zusatz behandelt werden, der bei knappen Kassen als Erstes gestrichen wird.

Fördermittel konsequenter nutzen. Land, Bund und EU bieten Förderprogramme für Schulen, Klima, Digitalisierung, Mobilität, Kultur, Sport, Städtebau und soziale Projekte. Göttingen muss Fördermittel systematischer suchen, beantragen und umsetzen.

Planung und Umsetzung besser steuern. Geld allein baut noch keine Schule und saniert kein Gebäude. Projekte brauchen klare Zuständigkeiten, realistische Zeitpläne, gute Vorbereitung und regelmäßige Kontrolle.

Folgekosten von Anfang an berücksichtigen.

Jedes neue Gebäude, jede neue Fläche und jedes neue Angebot verursacht laufende Kosten. Gute Finanzpolitik schaut nicht nur auf Baukosten, sondern auch auf Betrieb, Personal, Energie, Instandhaltung und langfristige Wirkung.

Städtische Gebäude und Flächen klüger nutzen.

Die Stadt besitzt Räume, Grundstücke und Gebäude. Wir wollen genauer prüfen, wo Mehrfachnutzungen, Zwischennutzungen, Sanierungen, Umnutzungen oder Kooperationen möglich sind.

Städtische Gesellschaften, Eigenbetriebe und Verwaltung besser verzahnen.

Viele Aufgaben liegen nicht nur im Rathaus. Wir wollen Zuständigkeiten, Schnittstellen und mögliche Doppelstrukturen prüfen, damit Wohnen, Sport, Energie, Wirtschaft, Gebäude und Infrastruktur besser zusammenarbeiten.

Soziale Infrastruktur verlässlich finanzieren.

Beratungsstellen, Jugendhilfe, Gewaltschutz, Kultur, Sport, Vereine und Stadtteilangebote halten die Stadt zusammen. Sie dürfen nicht nur als freiwillige Masse gesehen werden, auf die man bei Haushaltsdruck zuerst zugreift.

Prävention stärker als Investition behandeln.

Frühe Hilfen, Schuldnerberatung, Wohnraumsicherung, Jugendsozialarbeit, Gesundheitsprävention und Gewaltprävention verhindern oft größere Probleme. Wer hier spart, zahlt später häufig mehr.

Kommunale Einnahmen sichern. Göttingen braucht eine solide Einnahmebasis.

Gewerbesteuer, Gebühren, Beiträge, Fördermittel und Erträge städtischer Beteiligungen müssen verantwortungsvoll betrachtet werden, ohne Menschen mit kleinem Einkommen zusätzlich zu belasten.

Land und Bund stärker in die Verantwortung nehmen.

Viele kommunale Aufgaben werden durch Bundes- und Landesentscheidungen geprägt. Wer den Kommunen Aufgaben überträgt, muss sie auch ausreichend finanzieren. Göttingen soll gemeinsam mit anderen Städten und kommunalen Spitzenverbänden klarer für eine faire Finanzierung eintreten.

Haushalt verständlicher machen. Viele Menschen wissen nicht, wofür die Stadt Geld ausgibt und wo Spielräume liegen. Wir wollen Haushaltsentscheidungen verständlicher erklären und politische Prioritäten nachvollziehbarer machen.

Dafür bitten wir am 13. September um Ihre Stimme.

Ihre SPD Göttingen

Impressum

Herausgeber: SPD Stadtverband Göttingen,
vertreten durch den Vorsitzenden Fabian Möller,
Nikolaistraße 30, 37073 Göttingen.

V.i.S.d.P.: Fabian Möller, Nikolaistraße 30, 37073
Göttingen.